

RADIO

PSYCHIATRIE

FILM

■ „Sonnengrau“ on air



Es begann mit einem Blog, in dem Tanja Salkowski über ihre Depressionen schrieb. Aus dem Blog wurde ein Buch und aus dem Buch eine erfolgreiche und schon zweifach ausgezeichnete Radiosendung. Einmal im Monat funkt „Radio Sonnengrau“ von Lübeck aus – und per Livestream im Internet in die ganze Welt. Der EPPENDORFER war bei einer Sendung dabei. **Seite 3**

■ Leben mit Huntington



Es ist eine seltene Krankheit, deren Symptome nicht immer klar zuzuordnen sind: Bis zu 8000 Huntington-Erkrankte gibt es bundesweit. Einzigartig in Norddeutschland ist die Huntington-Station des AMEOS Klinikums für Psychiatrie und Psychotherapie in Heiligenhafen. Das Angebot entstand 1998 auf Initiative von Patienten und Angehörigen. Der EPPENDORFER sprach mit einer Patientin. **Seite 9**

■ Zurück auf den „Blender“



Über ein Jahr lang begleitete Susann Reck mit der Kamera sechs Bewohner einer Sozialpsychiatrischen Einrichtung auf einem in Bayern gelegenen Berg namens „Blender“. Als Tochter des Heimgründers wuchs sie unter chronisch psychisch kranken Menschen auf. Nun wollte sie erkunden, inwieweit das ihr Leben geprägt hat. Herausgekommen ist ein berührender Dokumentarfilm. **Seite 4**

Flucht in den Suizid

■ Verbände fordern mehr Hilfen für psychisch belastete Flüchtlinge / Expertin für systematisches Screening

Angesichts der Flüchtlingsmengen, dramatischer Fluchtscenen und der schwierigen Bedingungen in den Massenunterkünften wird der Ruf nach einem Ausbau psychiatrischer bzw. psychotherapeutischer Hilfen immer lauter. Anlässlich des Welttages für Suizidprävention wiesen das Nationale Suizidpräventionsprogramm für Deutschland (NaSPro) und die DGPPN auf das erhöhte Risiko für Suizidversuche hin und forderten eine bessere Betreuung von Betroffenen – insbesondere auch über akute Krankheits- und Krisensituationen hinaus.

BERLIN. Flüchtlinge und Asylbewerber bilden eine Hochrisikogruppe: Im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung gilt die Rate für Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) als zehnfach erhöht. Gleichzeitig treten oft weitere psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Angststörungen auf, die ohne ausreichende Behandlung mit einem erhöhten Suizidrisiko verbunden sein können. Nach Angaben der Leitenden Oberärztin der Charité im St. Hedwig Krankenhaus sowie Leiterin des DGPPN-Fachreferates für Migration,

Privatdozentin Dr. med. Meryam Schouler-Ocak, wurden bei über 80 bzw. über 60 Prozent Symptome von Angst und Depression gefunden. Das geht aus ausländischen Studien hervor. In Deutschland gebe es dazu keine Untersuchungen. „Wir wollten in Berlin eine Studie zu psychischen Belastungen bei Flüchtlingen durchführen, konnten jedoch bislang keine Förderung dafür finden.“

Bezüglich Suizidalität verweist Schouler-Ocak auf eine Studie aus den Niederlanden (Goosen et al. BMC Public Health 2011, 11:484). Nach der Analyse von Daten von Flüchtlingen und Asylbewerbern fanden sich dort bei männlichen Asylbewerbern deutlich erhöhte Zahlen (pro Jahr 25,6 Suizide auf 100.000 Einwohner gegenüber 15,7 bei einheimischen Männern).

Als besondere Risikofaktoren für einen Suizidversuch zählt Schouler-Ocak u.a. auf: Leben in einer Aufnahmeeinrichtung, lange Antragszeiten, Singledasein, männliches Geschlecht, Zukunftsängste, psychische Krankheitsvorgeschichte, Diagnosen PTSD oder Depression, vorheriger Kontakt zum Versorgungssystem, Selbstverletzendes Verhalten in der Vorgeschichte, schwere und viele Verluste sowie Anpassungs-

probleme an die neue Umgebung.

Forderungen der Expertin: Erfassung von Daten auch in Deutschland, Präventionsmaßnahmen sowie Aufbau von Behandlungsangeboten. Mit Blick auf drohende Chronifizierungen schlägt sie zudem ein systematisches Screening zur Erfassung psychiatrischer bzw. psychischer Auffälligkeiten vor, wie es die aktuelle EU-Aufnahmerichtlinie verlange, „nämlich das Erkennen besonderer Schutzbedürftigkeit antragstellender Asylbewerber, hierzu gehört auch das Diagnostizieren psychiatrischer Trauma-Folgeerkrankungen.“ Dies sollte nicht zu früh geschehen („Man muss den Betroffenen erstmal die Gelegenheit geben, anzukommen“), aber regelhaft. „Ohne qualifizierte Dolmetscher werden wir diese Forderungen nicht umsetzen können“, macht sie deutlich. In ihrer gemeinsamen Pressemitteilung setzen sich NaSPro und DGPPN zudem für „die Etablierung von regionalen und lokalen Netzwerken“ ein, die alle an der Versorgung der Betroffenen beteiligten Gruppen einbinden. Darüber hinaus sei der regelhafte Einsatz von Sprach- und Kulturmittlern sicherzustellen.

A. Hinrichs
Weitere Berichte zum Thema
Flucht und Trauma: Seite 5



Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie in den 70ern.
Foto: Ludger Ströter, LVR, LVR Archiv des Landschaftsverbandes

40 Jahre Enquete

■ Ein folgenschwerer Bericht ...

Er umfasste 430 DIN-A4-Seiten und wurde im Auftrag des Bundestages von rund 200 Mitarbeitern aller Bereiche der Psychiatrie erstellt. Die Rede ist vom Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland – so die offizielle Bezeichnung der Psychiatrie-Enquete, die in diesem Monat 40 Jahre alt wird! Die Bundesrepublik begann sich nach der Verfolgung und Ermordung psychisch Kranker im Nationalsozialismus erst spät mit der Situation der psychisch Kranken auseinander zu setzen. 1970 beschäftigte sich der Deutsche Ärztetag erstmals mit der psychiatrischen Versorgung. In den folgenden zwei Jahren wurden die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) und die Aktion psychisch

Kranke e. V. gegründet.

Die Enquete kritisierte elende und zum Teil als menschenunwürdig zu bezeichnende Umstände, unter denen eine sehr große Anzahl von Patienten leben müssten. Sie wurde Ausgangspunkt umfassender Reformen. Zu den Kernforderungen zählten u.a.: Gemeindeförderung, Dezentralisierung, getrennte Versorgung für psychisch Kranke und geistig behinderte Menschen und Gleichstellung somatisch und psychisch Kranker.

Eine kritische Bilanz mit dem Titel „40 Jahre Psychiatrie-Enquete – Blick zurück nach vorn“ erscheint aktuell im Psychiatrie-Verlag, der auf seiner Homepage auch eine chronologische Grafik zur Verfügung stellt (www.psychiatrie-verlag.de). (hin)

Heilpraktiker im Drogenrausch – wer trägt die Verantwortung?

■ Seminar lief aus dem Ruder – Teilnehmern drohen strafrechtliche Konsequenzen

HANDELOH (hin). Sie lagen mit Krämpfen auf dem Boden, redeten wirr, litten an Schmerzen, Luftnot und Herzrasen, torkelten orientierungslos durch den Garten. Einige mussten wegen Halluzinationen sogar am Bett fixiert werden. So die Berichte über den Massenrausch von 29 Männern und Frauen – Heilpraktiker sollen es sein – im Alter von 24 bis 56 Jahren, die in dem Tagungszentrum „Tanzheimat Inzmühlen“ in Handeloh (Nordheide)

an einem Seminar teilnahmen, das im Drogenchaos endete und zu einem Großeinsatz von rund 160 Rettungskräften führte.

Die Tagungsteilnehmer wurden auf umliegende Kliniken verteilt, einige mussten kurzzeitig sogar auf die Intensivstation verlegt werden. Die Polizei leitete Strafverfahren gegen die Beteiligten ein. Sie geht davon aus, dass die Gruppe mit dem Psychedelikum 2C-E experimentiert hat, das in Szenekreisen

als „Aqurast“ bekannt und erst seit Ende 2014 verboten ist. Als Wirkungen werden im Netz u.a. Klangverzerrungen, erweiterte Wahrnehmung von Musik und visuelle Erscheinungen beschrieben. Ob es sich tatsächlich um „Aqurast“ handelte, wurde bis Redaktionsschluss nicht bestätigt, die Ergebnisse von Blut- und Urinproben standen noch aus. Offen blieben zunächst auch die Hintergründe – und die Frage nach den Verantwortlichkeiten. Der Präsident

des Verbands Deutscher Heilpraktiker (VDH), Heinz Kropmann, äußerte sich gegenüber dem NDR entsetzt und drohte den Teilnehmern – die möglicherweise auch für die Kosten des Rettungseinsatzes herangezogen werden können – im Fall vorsätzlicher Einnahme mit Verbandsausschluss. Das Tagungshaus wird von der Stiftung HEILENDE KRÄFTE IM TANZ® (HKTI) getragen. Die Tanzheimat als Vermieterin grenzte sich auf der Home-

page von den Veranstaltern des Drogenseminars ab. Dahinter stehe eine externe Gruppe.

Der Vorfall weckt Erinnerungen an eine psycholytische Gruppentherapie-sitzung in Berlin, bei der der Therapeut und Mediziner Garri R. 2009 LSD bzw. Ecstasy einsetzte. Infolge von Überdosierungen kam es dabei zu zwei Todesfällen. Der Therapeut wurde im Jahr 2011 zu mehr als vier Jahren Gefängnis verurteilt.